

# Corona-Proteste und extremistische Einflussnahmen

## Aktuelle Trends beim Protestverhalten von „Querdenkern“, „Reichsbürgern“ und „Selbstverwaltern“ sowie Rechtsextremisten

### Stefan Goertz

„Querdenker“, „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ sowie Rechtsextremisten versuchen seit Beginn der Corona-Proteste Einfluss auf diese zu nehmen und diese strategisch und ideologisch zu nutzen. Im Mittelpunkt steht hier Agitation gegen staatliche Corona-Schutzmaßnahmen und nach Angaben der Verfassungsschutzbehörden und Innenministerien eine Delegitimierung dieser Maßnahmen und des Staates sowie seiner Repräsentanten. Hier werden aktuelle Trends dieser drei Akteursbereiche untersucht. Abschließend wird das Verhältnis von enthemmter Sprache zu – potenzieller und tatsächlicher – Gewalt beleuchtet.

### „Querdenker“ – Aktuelle Trends im Corona-Protestverhalten

Ende November 2021 erklärte das Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) Sachsen, dass die Proteste gegen Corona-Maßnahmen in Sachsen „immer radikalere Züge“ angenommen haben. „Die Idee eines gewaltsamen Widerstands gegen demokratische Regeln gehört inzwischen zu den typischen Standardforderungen der Bewegung der Corona-Leugner“, erklärte der Präsident des sächsischen Landesamts für Verfassungsschutz, Dirk-Martin Christian. Weiter führte er aus: „Die regelmäßig wiederkehrende Behauptung der Corona-Leugner, wir lebten in einer De-facto-Diktatur und einem Notstandsregime, das beseitigt werden müsse und gegen das öffentlicher Widerstand legitim sei, muss als Beleg für eine fortschreitende Radikalisierung dieser Bewegung verstanden werden.“<sup>1</sup> Das LfV betonte hierbei den Einfluss von Rechtsextremisten, „Reichsbürgern“ und Antisemiten auf die Corona-Proteste und dass diese immer aggressiver geworden seien. Spätestens mit den gewaltsamen Angriffen auf Polizeibeamte und Journalisten sowie Verbalattacken gegen den sächsischen Ministerpräsidenten Michael Kretschmer seien eindeutig „rote Linien“ überschritten worden,

so der sächsische Verfassungsschutzpräsident.<sup>2</sup> In Bezug auf enthemmte Sprache betonte er, dass sie Ergebnis von kruden Verschwörungsnarrativen und Hetzkampagnen in den sozialen Netzwerken Beleidigungen und Bedrohungen von Politikern mit drastischen Formulierungen in aller Öffentlichkeit sei.<sup>3</sup>

Kernpunkt der Kritik der Corona-Protestierenden der seit dem Frühjahr 2020 zahlreich deutschlandweit stattgefundenen Demonstrationen war anfangs vornehmlich die aus ihrer Sicht unverhältnismäßige Beschränkung der Grundrechte. Relativ schnell wurde dabei die in Stuttgart gegründete Bewegung „Querdenken 711“ zum Träger und Sprachrohr der Proteste. Sie nimmt nach Angaben der deutschen Verfassungsschutzbehörden bis heute deutschlandweit eine führende Rolle ein.<sup>4</sup> Eine zentrale Forderung von „Querdenken“ war zunächst die angeblich notwendige „Wiederherstellung der Grundrechte“. Mit dem Verlauf des Jahres 2020 wurde dieser Appell jedoch überlagert von einer grundsätzlichen Staatsfeindlichkeit bei führenden Personen der „Querdenken“-Bewegung.

Der baden-württembergische Verfassungsschutz hat „Querdenken 711“ und seine regionalen Ableger im Land zum Beobachtungsobjekt erhoben und dies am 9. Dezember 2020 im Rah-

men einer Pressekonferenz erläutert. Demnach liegen hinreichend gewichtige Anhaltspunkte für eine extremistische Bestrebung vor: „Die Meinungsfreiheit und die Versammlungsfreiheit sind fundamentale Grundrechte, sie sind lebensnotwendig für das Funktionieren unserer Demokratie. Aber es ist eine Grenze überschritten, wenn extremistische Bestrebungen die grundgesetzlichen Freiheiten missbrauchen, um damit ihren extremistischen und verschwörungsideologischen Narrativen Vorschub zu leisten. Der Verfassungsschutz in Baden-Württemberg hatte bereits zwei hellwache Augen auf die Querdenker-Gruppierung, und er hat nun – sobald die Voraussetzungen für eine Beobachtung vorlagen – schnell und entschlossen gehandelt. Die fortgeschrittene Radikalisierung der Querdenker-Gruppierung im Land macht eine Beobachtung ihrer Organisationsebene durch unseren Verfassungsschutz unabdingbar“, sagte der Innenminister von Baden-Württemberg, Thomas Strobl.<sup>5</sup>

Die Präsidentin des baden-württembergischen Verfassungsschutzes, Beate Bube, stellte mit Blick auf die Organisatoren sowie das Netzwerk von „Querdenken 711“ in Baden-Württemberg sowohl personelle als auch ideologische Überschneidungen zu bereits bekannten Extremisten aus dem Milieu der „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ sowie aus dem Rechtsextremismus fest: „Gezielt werden extremistische, verschwörungsideologische und antisemitische Inhalte mit einer legitimen Kritik an den staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie vermischt.“<sup>6</sup>

<sup>1</sup> Vgl. Welt 2021.

<sup>2</sup> Vgl. ebd.

<sup>3</sup> Vgl. ebd.

<sup>4</sup> Vgl. LfV Baden-Württemberg 2021.

<sup>5</sup> Vgl. MiBaden-Württemberg 2020.

<sup>6</sup> Vgl. ebd.

Nachrichtendienstliche Maßnahmen des LfV Baden-Württemberg seien „ausschließlich gegen die Organisationsstrukturen von ‚Querdenken 711‘ und ihrer regionalen Ableger sowie gegen Extremisten im Umfeld der Gruppierung und ihrer Versammlungen – nicht gegen die größtenteils nicht extremistischen Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Corona-Protstgeschehen“ gerichtet.<sup>7</sup>

Wichtig ist die Unterscheidung des LfV, dass die Versuche einer Einflussnahme durch Rechtsextremisten, „Reichsbürger“, „Selbstverwalter“ und extremistische Verschwörungsideologen für sich betrachtet nicht zu einer insgesamt extremistischen Ausrichtung der Corona-Protstest führten. Doch diese Versuche bereiteten den Boden für eine zumindest stillschweigende, zum Teil sogar explizit geäußerte Akzeptanz von extremistischem Gedankengut bei den Veranstaltungen. Zugleich beförderten sie möglicherweise die Radikalisierung innerhalb der Querdenken-Initiativen und stärkten dort bereits aktive extremistische Akteure und deren Positionen.<sup>8</sup>

Die Gruppierung „Querdenken 711“ mit ihrem regionalen Aktionsraum in Stuttgart und Umgebung nahm nach Angaben des LfV Baden-Württemberg von Beginn an eine führende Rolle bei den Demonstrationen gegen die staatlichen Corona-Maßnahmen ein. Auch nach der Gründung zahlreicher weiterer „Querdenken“-Ableger in ganz Deutschland sei sie nach wie vor die wichtigste Initiative innerhalb der Bewegung.<sup>9</sup>

## „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ – aktuelle Trends im Corona-Protstverhalten

Verschiedene Personen aus dem Milieu der „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ wurden von Beginn der Corona-Protstest an unter den Rednern und Teilnehmern der „Querdenken“-Veranstaltungen von den Sicherheitsbehörden erkannt. Während der Corona-Pandemie wurden die Corona-Schutzmaßnahmen von vielen Angehörigen der „Reichsbürger“- und „Selbstverwalter“-Szene in das eigene Weltbild vom illegitim agierenden Staat eingefügt. Dabei bedienten „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ den Verschwörungsmythos einer „politischen Elite, die zum Ziel des Machterhalts die vermeintliche Wahrheit“ unterdrücke. Diese Akteure haben

das Ziel, den Protst für eigene verfassungsfreundliche Zwecke zu instrumentalisieren.<sup>10</sup>

Das Personenpotenzial von Reichsbürgern und Selbstverwaltern ist im Jahr 2020 nach Angaben des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) pandemiebedingt auf 20 000 angestiegen. So ergab sich dieser Anstieg laut Bundesamt für Verfassungsschutz aus den Zusammenhängen mit den Protstest gegen die staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie.<sup>11</sup> „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ empfinden staatliches Handeln – damit auch die staatlichen Corona-Schutzmaßnahmen zur Eindämmung der Pandemie – als unrechtmäßig und lehnen es vehement ab. Besonders häufig thematisierte die sogenannte „Verfassunggebende Versammlung“ (VV) die Corona-Pandemie und verbreitet laut BfV vor allem über ihre Internetplattform „ddbnews“ sowie das „ddbradio“ im Jahr 2020 immer wieder Desinformationen und Verschwörungsideologien. So brachte diese Gruppierung die Pandemie beispielsweise mit dem antisemitisch geprägten Verschwörungsnarrativ einer angeblichen „Neuen Weltordnung“ (NWO) in Verbindung.

Nach Angaben der deutschen Verfassungsschutzbehörden ist es für „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ eine neue, motivierende Erfahrung, dass sie durch andere Kritiker der Corona-Maßnahmen bei öffentlichkeitswirksamen Aktionen nicht ausgegrenzt werden, sondern gemeinsam mit ihnen protestieren. Dabei beobachteten die deutschen Sicherheitsbehörden im Jahr 2020, dass sich „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ immer wieder nicht mehr damit begnügten, im Zusammenhang mit „Hygiene-Demonstrationen“ lediglich ihren Protst zu äußern, sondern auch körperliche Gewalt anzuwenden, beispielsweise gegen eingesetzte Polizeikräfte. So beteiligten sich „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ am Demonstrationsgeschehen gegen die Corona-Maßnahmen vom 28. bis 30. August 2020 im Umfeld des Reichstagsgebäudes in Berlin, was medial „Sturm auf den Reichstag“ genannt wurde. Laut Polizeimeldung vom 30. August 2020 wurden dadurch 33 Polizeibeamte verletzt, 316 Personen festgenommen sowie 131 Strafanzeigen gestellt, unter anderem wegen Beleidigung, tätlichem Angriff auf Polizeibeamte, Gefangenenbefreiung, Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte sowie

Körperverletzung. Zudem wurden 255 Anzeigen wegen Ordnungswidrigkeitsverstößen aufgenommen.<sup>12</sup> Während einer (untersagten) Spontanversammlung am 29. August 2020 vor der Russischen Botschaft mit circa 2000 Teilnehmenden, an der maßgeblich „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ beteiligt waren, wurden Polizeibeamte mit Steinen und Flaschen beworfen.<sup>13</sup> Seit 2020 haben „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ staatliche Verordnungen im Rahmen von Corona-Maßnahmen schlichtweg für ungültig erklärt; so veröffentlichte z. B. die Gruppierung „Amt für Menschenrecht“ am 11. Juni 2020 eine „Recht durchsetzung“, der zufolge alle „Ausnahmetatbestände der biologischen und psychologischen Kriegsführung im ‚Lockdown‘“ aufgehoben seien. Ferner wurde in einem „Öffentliche[n] Aufruf zu rechtewährendem Miteinander“ der Gruppierung „Bundesstaat Sachsen“ die Sächsische Corona-Schutz-Verordnung vom 17. April 2020 (fälschlicherweise) als nicht rechtskräftig bezeichnet, da „sie nicht unterschrieben [sei] und somit lediglich einen Entwurf“ darstelle. Grundsätzlich ist laut BfV zu beobachten, dass beim Spektrum der „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ eine hohe Anschlussfähigkeit im Hinblick auf die zahlreichen Verschwörungsnarrative rund um die Corona-Pandemie besteht, was sich in häufigen Thematisierungen einschlägiger Inhalte durch diese Szene äußert.<sup>14</sup>

## Rechtsextremisten – aktuelle Trends im Corona-Protstverhalten

Die deutschen Sicherheitsbehörden haben im Laufe des Frühjahrs 2020 schnell festgestellt, dass sich Rechtsextremisten, Mitglieder und Sympathisanten rechtsextremistischer Organisationen an Demonstrationen gegen die Corona-Maßnahmen beteiligen, darunter Mitglieder und Anhänger der Parteien NPD, „DIE RECHTE“ und „Der III. Weg“, auch Mitglieder von extremistischen Teilstrukturen der Alternative für Deutschland

<sup>7</sup> Vgl. ebd.

<sup>8</sup> Vgl. LfV Baden-Württemberg 2021.

<sup>9</sup> Vgl. ebd.

<sup>10</sup> Vgl. ebd.

<sup>11</sup> Vgl. BMI 2021, S. 113.

<sup>12</sup> Vgl. BfV 2020.

<sup>13</sup> Vgl. ebd., S. 114.

<sup>14</sup> Vgl. ebd., S. 115.

(AfD), d. h. des „Flügels“ und der „Jungen Alternative“ (LfV Baden-Württemberg 2021a). Diese Akteure versuchten und versuchen nach Angaben des LfV Baden-Württemberg, „das Versammlungsgeschehen insgesamt nach rechtsextremistischer Vorstellung zu instrumentalisieren. Ihr Ziel: Anschluss an die bürgerlichen Demonstrationsteilnehmer finden“ (LfV Baden-Württemberg 2021a).

Im Text mit den Corona-Protessen gegen die Corona-Schutzmaßnahmen der Bundesregierung war die Einflussnahme von Rechtsextremisten im Jahr 2020 nach Angaben der deutschen Verfassungsschutzbehörden besonders präsent und öffentlich sichtbar. Nach einer etwa fünfwöchigen Unterbrechung während der ersten Hochphase der Corona-Pandemie, in der keinerlei öffentliche Versammlungen der rechtsextremistischen Szene stattfanden, versuchten Rechtsextremisten seit Ende April 2020, mit Kundgebungen und Demonstrationen Aufmerksamkeit zu erlangen und an die gesellschaftlichen Diskussionsprozesse anzuschließen (Strategie: „Anknüpfen an die politische Mitte“). Das rechtsextremistische Daueragitationsthema „Asyl“ rückte dabei seit Mitte April 2020 zunehmend in den Hintergrund, auch wenn es mit fremdenfeindlicher Polemik gegen Asylbewerber als potenzielle Virusträger weiterhin präsent war. Rechtsextremisten agitierten gegen eine vermeintliche Aushebelung von Grundrechten durch die Bundesregierung. Hierzu wurden Verschwörungsideologien zur Pandemie verbreitet. Rechtsextremisten versuchten, über das Protestgeschehen gegen die Corona-Schutzmaßnahmen Anschluss an die weit überwiegend demokratischen Proteste zu finden.<sup>15</sup> Anders als demokratische Akteure, die sachlich diskutieren und Kritik an staatlichen Maßnahmen üben, ging es Rechtsextremisten nach Angaben der deutschen Verfassungsschutzbehörden jedoch „nicht um eine sachliche Debatte über den Umgang mit der Pandemie, sondern um die Delegitimierung staatlichen Handelns und demokratischer Institutionen sowie um das Erreichen einer Deutungshoheit“.<sup>16</sup>

### Das Gewaltpotenzial – von der enthemmten Sprache zur Gewalt?

Nach der Ermordung eines Tankstellenmitarbeiters in Idar-Oberstein am 18. September 2021 sprachen verschiedene deutsche Bundespolitiker von „die Radikalisierung des Querdenkermilieus bereitet mir große Sorgen“ und einem „unfassbaren Maß an Radikalisierung“.<sup>17</sup> Nach Angaben der Staatsanwaltschaft sagte der mutmaßliche Täter nach der Tat aus, dass er die Corona-Schutzmaßnahmen ablehne. Zum Motiv habe er angegeben, dass ihn die Situation rund um die Pandemie stark belaste. Der Beschuldigte habe sich in die Ecke gedrängt gefühlt und „keinen anderen Ausweg gesehen“, als ein Zeichen zu setzen. Das Opfer schien ihm dabei „verantwortlich für die Gesamtsituation, da es die Regeln durchgesetzt habe“. Laut der Deutschen Presse-Agentur wurde aus Ermittlerkreisen bekannt, dass der Täter in den Theorien der Corona-Leugner „bewandert“ sei. „Er kennt die Quellen und hat auch angegeben, dass er sich da schlaugemacht hat.“<sup>18</sup>

In den sozialen Netzwerken fanden sich vor und nach dem Mord in der Tankstelle in Idar-Oberstein zahlreiche Posts mit den Begriffen „Tribunale“, „Plant den Tag X“, „Führt Todeslisten für später“, „Nürnberg 2.0.“, „Bürgerkrieg“. Es sind zumeist verdeckte Rufe nach der ultimativen Bestrafung der in ihren Augen „Schuldigen“: „Es sind Rufe nach Exekutionen“<sup>19</sup>, die Rachefantasien befeuern.

Aus Sicht des Thüringer Verfassungsschutzpräsidenten Stephan Kramer kam die Tat in Idar-Oberstein nicht überraschend. „Der kaltblütige Mord ist furchtbar, aber für mich keine Überraschung angesichts der steten Eskalation der letzten Wochen“, sagte Kramer. „Bedauerlich ist, dass es immer erst Tote geben muss, bevor die Gefahr ernst genommen wird.“<sup>20</sup>

Mediale Hetze, Beleidigungen, enthemmte Sprache, Hasspostings und andere Arten von Herabwürdigungen von Menschen können nach Angaben der Bundesregierung vor allem im Internet und dort auf allen bekannten sozialen Plattformen, Imageboards und Messengerdiensten festgestellt werden. Die Postings werden sowohl offen, also bisweilen auch unter Klarnamen der handelnden Personen, als auch anonym veröffentlicht.

Aufgrund der strenger gewordenen Handlungsrichtlinien von Plattformen wie z. B. Facebook, Twitter, Youtube und Instagram und deren Löschungsverhalten ist eine Abwanderung hin zu Plattformen und Messengerdiensten mit weniger ausgeprägtem bis gar keinem Löschungsverhalten erkennbar. Hierzu zählen z. B. Telegram, Bitchute und VKontakte sowie Imageboards wie Kohchan und 4chan. Das Spektrum der im Internet festzustellenden extremistischen Äußerungen mit dem Ziel der Diffamierung und Verunglimpfung bestimmter Personen oder Gruppen ist sehr komplex. Schmähungen und Propaganda mit gewaltverherrlichenden Elementen zählen zum Standardrepertoire diverser extremistischer Akteure im Internet. Die Urheber derartiger Äußerungen im Phänomenbereich Rechtsextremismus sind in der Analyse der Bundesregierung dem gesamten rechtsextremistischen Spektrum zuzurechnen, das im Internet präsent ist. Hierzu zählen beispielsweise Einzelpersonen, Angehörige der Neonaziszene, Mitglieder und Funktionäre rechtsextremistischer Parteien, Vertreter von (Online-)Verlagen sowie Betreiber von Text- oder Videoblogs.<sup>21</sup>

Der Begriff stochastischer Terrorismus (von stochastisch, zufallsabhängig) beschreibt eine terroristische Strategie, durch welche massenhaft verbreitete Botschaften, medial und über soziale Netzwerke, die sich nicht an einen konkreten Täterkreis richten, durch extremistische Narrative und enthemmte Sprache tatsächliche Gewalt, bis hin zu terroristischen Anschlägen, provozieren. Hamm und Spaaij beschreiben diese Strategie in ihrem Buch „The Age of Lone Wolf Terrorism“ knapp mit „Nutzung von Massenmedien, um zufällige Akteure ideologisch motivierter Gewalt zu provozieren, die zwar statistisch vorhersagbar sind, im konkreten Einzelfall jedoch nicht“.<sup>22</sup> Cohen verwies 2016 darauf, dass das Phänomen stochastischer Terrorismus bereits ca. 15 Jahre alt sei und sprach von einem strategischen „using language and other forms of communication to inci-

<sup>15</sup> Vgl. BMI 2021, S. 48.

<sup>16</sup> Vgl. ebd., S. 50.

<sup>17</sup> Vgl. Eder/Staib 2021.

<sup>18</sup> Vgl. ebd.

<sup>19</sup> Vgl. ebd.

<sup>20</sup> Vgl. ebd.

<sup>21</sup> Vgl. Deutscher Bundestag 2020, S. 6; Goertz 2021b, S. 678

<sup>22</sup> Vgl. Hamm/Spaaij 2017, S. 84.



*te random actors to carry out violent or terrorist acts that are statistically predictable but individually unpredictable*<sup>23</sup>. Die Sprache der Kommunikation ist codiert<sup>24</sup> und wirkliche Bedeutung werde nur denjenigen klar, die das entsprechende Gehör haben, weshalb Cohen hierbei das Bild der „dog whistle“ bzw. „Hundepfeifen“ nutzt. Die hohen Töne der Hundepfeife seien nur für „Dressierte“ klar und deutlich hörbar.

Eine Reihe von Internetseiten boten den rechtsextremistischen Einzeltätern von El Paso, Christchurch, Pittsburgh und Halle ein Forum. Anonyme Plattformen wie 8chan, 4chan oder auch Reddit dienten und dienen Rechtsradikalen und Rechtsextremisten zur Verbreitung ihrer Thesen, ziehen aber auch viele neue oder nur sporadisch Interessierte an.

Ein Attentäter der Strategie stochastischer Terrorismus wird in unterschiedlicher Ausprägung durch enthemmte Sprache, radikale und extremistische Narrative, Verschwörungselemente und extremistische Ideologieelemente radikalisiert. Einzeltäter planen und agieren alleine, aber die extremistische Ideologie ist ein wichtiger Radikalisierungsfaktor. Sie sind häufig vor dem Anschlag polizeilich nicht bekannt, oftmals sozial isoliert und gehören keiner Organisation oder Partei an und verbringen ihre Zeit beinahe ausschließlich in virtuellen Räumen. Die Fälle rechtsterroristischer Einzeltäter häufen sich in den letzten Jahren, international mit den rechtsterroristischen Anschlägen in Christchurch, El Paso, Pittsburgh und in Deutschland mit den rechtsterroristischen Einzeltätern Ernst, Balliet und Rathjen. Im Fall von Balliet und Rathjen kann eine kausale Logik „vom virtuellen Hass zum Livestream-Attentat“ beobachtet werden.<sup>25</sup>

Pfahl-Traughber verweist darauf, dass die Bedeutung des Internets für die individuelle Radikalisierung entscheidend ist, wobei eine formale und inhaltliche Komponente unterschieden werden müsse.<sup>26</sup> Während vor dem Zeitalter des Internets die konspirative Gruppe für einen Terroristen von hoher Relevanz war, wird die persönliche Einbindung des Einzeltäters im 21. Jahrhundert zunehmend durch eine kommunikative Vernetzung ersetzt. Dennoch darf nicht vergessen werden, dass es Einzeltäter auch schon vor der weltweiten Verbreitung des Internets gab. Das Internet ermöglicht allerdings aufgrund der be-

sonderen Kommunikationsweise, dass sich Einzelne auch ohne persönliche Kontakte bzw. mit weniger realweltlichen Kontakten radikalieren. Dabei können sie in einem kommunikativen Austausch mit entsprechenden Extremisten im Internet stehen, sie können aber auch nur deren Propaganda konsumieren.<sup>27</sup>

Die Bundesregierung erklärt in ihrer Antwort (Drucksache 19/19408 19. Wahlperiode 25. Mai 2020) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion der FDP (Drucksache 19/18801), dass „das Phänomen des stochastischen Terrorismus in den Sicherheitsbehörden des Bundes nicht separat beobachtet“ wird. Die Mechanismen, die dem Begriff zugrunde liegen, seien jedoch bekannt. Der Begriff „stochastischer Terrorismus“ beschreibe zusammenfassend Methoden bzw. Vorgehensweisen, die auch in den insbesondere nach den einschlägigen Rechtsgrundlagen der Nachrichtendienste bearbeiteten extremistischen Bestrebungen festzustellen sind: *„Die medial und digital verbreitete Herabwürdigung bestimmter Bevölkerungsgruppen, u. a. mit dem Ziel, zu Gewalttaten gegen Angehörige dieser Gruppen zu animieren bzw. solche Taten zu legitimieren, ist sehr häufig – wenn auch nicht immer – Bestandteil extremistischer Vorgehensweisen.“*<sup>28</sup> Weiter betonte die Bundesregierung, dass im *„Bundesamt für Verfassungsschutz das als ‚stochastischer Terrorismus‘ bezeichnete Phänomen in den jeweiligen Fachbereichen bearbeitet [wird], die für die Bearbeitung der extremistischen Bestrebungen (Rechts-, Links-, Ausländerextremismus oder Islamismus) zuständig sind, die diese Methoden anwenden.“*<sup>29</sup>

Nach Angaben der Bundesregierung stellt bei Rechtsextremisten *„die Diskreditierung des politischen Gegners ein wichtiges Instrument der im Internet verbreiteten Propaganda dar. Antisemitismus, Islam- und Fremdenfeindlichkeit sind ebenso zentrale Komponenten der rechtsextremistischen Ideologie wie die generelle Ablehnung des im Grundgesetz (GG) verankerten politischen Diskussions- und Entscheidungsprozesses sowie dessen Repräsentanten auf allen staatlichen Ebenen in Politik und Verwaltung. In der Politisch motivierten Kriminalität (PMK) – rechts – richten sich als sogenannte Hasskriminalität definierte Straftaten gegen eine Person wegen ihrer politischen Einstellung, Nationalität, Volkszugehö-*

*rigkeit, Ethnie, Hautfarbe, Religion, Weltanschauung, Herkunft oder aufgrund ihres äußeren Erscheinungsbildes, ihrer Behinderung, ihrer sexuellen Orientierung oder ihres gesellschaftlichen Status. Die mediale und digital verbreitete Herabwürdigung richtet sich bei rechtsextremistischen und antisemitischen Tätern häufig gegen ‚Nicht-Deutsche‘. Der Begriff wird von der Szene weit gefasst. So fallen Asylbewerber und andere Migranten zweifelsohne unter diesen Begriff, aber für einen Teil der Szene auch deutsche Staatsangehörige mit ausländischen Wurzeln. Darüber hinaus richtet sich der mediale Hass gegen Personen anderer Glaubensrichtungen, wie z. B. Muslime und Juden. Eine weitere Zielgruppe sind Personen des öffentlichen Lebens, hier vor allem Politiker. Kritik an Entscheidungen von Amts- und Mandatsträgern wird in den Netzwerken und auf den diversen Plattformen häufig auf extrem vulgäre und beleidigende Art und Weise geäußert. Nicht selten wird den Personen der Tod gewünscht oder ein abstrakter Aufruf zur Tötung geäußert. Darüber hinaus können alle politisch Andersdenkenden in den Fokus von rechtsgerichteter medialer Herabwürdigung geraten. Weiterhin werden von der Szene Personen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung im virtuellen Raum verbal angegriffen und bedroht.“*<sup>30</sup>

## Fazit

Bei der Initiative „Querdenken“ liegen nach Angaben der deutschen Verfassungsschutzbehörden tatsächliche Anhaltspunkte dafür vor, dass in diesem Personenzusammenschluss verfassungsfeindliche Bestrebungen verfolgt werden. Dies ergebe sich insbesondere aus den ideologischen und personellen Überschneidungen zum Milieu der „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“. Hinzu kommen weitere extremistische Narrative aus der Verschwörungsideologie „QAnon“ sowie NS-Relativierungen durch Redner auf „Querdenken“-Veranstaltungen. Die mangelnde oder unzureichende Distanzierung von

<sup>23</sup> Vgl. Cohen 2016.

<sup>24</sup> Vgl. auch Winker 2016.

<sup>25</sup> Vgl. Hartleb 2020, S. 313; Goertz 2021a, S. 157.

<sup>26</sup> Vgl. Pfahl-Traughber 2020; Goertz 2021a, 157.

<sup>27</sup> Vgl. ebd.

<sup>28</sup> Vgl. Deutscher Bundestag 2020, S. 2.

<sup>29</sup> Vgl. ebd.

<sup>30</sup> Vgl. ebd., S. 3; Goertz 2021b, S. 679.

diesen extremistischen Rednern und Teilnehmern durch die Organisatoren hat die Veranstaltungen laut Landesamt für Verfassungsschutz nicht nur für „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“, sondern auch für Rechtsextremisten anschlussfähig gemacht.<sup>31</sup> In den vergangenen Monaten haben sich nach Angaben der deutschen Verfassungsschutzbehörden verfassungsfeindliche Aussagen der Organisatoren von „Querdenken“ gehäuft. Das ursprünglich von dieser Bewegung offiziell formulierte Ziel einer Aufhebung der staatlichen Corona-Schutzmaßnahmen weicht laut Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg zusehends einer grundsätzlichen Staatsfeindlichkeit, einer verfassungsschutzrelevanten Delegitimierung des Staates.<sup>32</sup>

Dr. Stefan Goertz ist Professor für Sicherheitspolitik mit dem Schwerpunkt Extremismus- und Terrorismusforschung an der Hochschule des Bundes am Fachbereich Bundespolizei.

## Literaturverzeichnis

Bundesamt für Verfassungsschutz: Beteiligung von Rechtsextremisten und „Reichsbürgern“ und „Selbstverwaltern“ an Kundgebungen gegen staatliche Corona-Maßnahmen in Berlin, 29.8.2020. Online: <https://www.verfassungsschutz.de/de/aktuelles/schlaglicht/schlaglicht-2020-02-protestgeschehen> (18.2.2021).

Bundesministerium für Inneres, für Bau und Heimat: Verfassungsschutzbericht 2020. Berlin, Juni 2021 (BMI 2021).

Cohen, D.: Trump's Assassination Dog Whistle Was Even Scarier Than You Think. 9.8.2016. Online: <https://www.rollingstone.com/politics/politics-features/trumps-assassination-dog-whistle-was-even-scarier-than-you-think-112138/> (1.12.2021).

Deutscher Bundestag: Drucksache 19/19408 19. Wahlperiode 25.5.2020 Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Konstantin Kuhle, Stephan Thomae, Grigorios Aggelidis, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP – Drucksache 19/18801 – Stochastischer Terrorismus im Fokus der Sicherheitsbehörden (Deutscher Bundestag 2020).

Eder, S./Staub, J.: Radikalisierung der Querdenker: „Es sind Rufe nach Exekutionen“. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21.9.2021. Online: [https://www.faz.net/aktuell/gesellschaft/kriminalitaet/querdenker-radikalisierung-mord-auf-telegram-verherrlicht-17547635.html?printPagedArticle=true#pageIndex\\_2](https://www.faz.net/aktuell/gesellschaft/kriminalitaet/querdenker-radikalisierung-mord-auf-telegram-verherrlicht-17547635.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2) (3.12.2021) (Eder/Staub 2021).

Goertz, S.: Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus in Deutschland. Eine analytische Einführung für Polizei und Sicherheitsbehörden. Hilden, 2021 (Goertz 2021a).

Goertz, S.: Stochastischer Terrorismus, enthemmte Sprache und extremistische Narrative. In: Kriminalistik 12/2021, S. 676–683 (Goertz 2021b).

Hamm, M./Spaaij, R.: The age of lone wolf terrorism. New York, 2017.

Hartleb, F.: Die Manifeste rechtsterroristischer Einzeltäter, in: Kriminalistik, 5/2020, S. 313–318.

Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg: Vortrag „Die Querdenken-Bewegung – zwischen Verschwörungsmethoden und Bürgerprotest“. 28.1.2021. Online: [https://www.verfassungsschutz-bw.de/Lde/Vortrag\\_+Die+Querdenken-Bewegung\\_+zwischen+Verschwörungsmethoden+und+Bürgerprotest](https://www.verfassungsschutz-bw.de/Lde/Vortrag_+Die+Querdenken-Bewegung_+zwischen+Verschwörungsmethoden+und+Bürgerprotest) (1.12.2021) (LFVBaden-Württemberg 2021).

Ministerium des Innern, für Digitalisierung und Kommunen Baden-Württemberg: Verfassungsschutz. „Querdenken 711“ wird beobachtet. 9.12.2020. Online: <https://im.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse-und-oeffentlichkeitsarbeit/pressemitteilung/pid/querdenken-711-wird-beobachtet/> (1.12.2021) (MIBaden-Württemberg 2020).

Pfahl-Traugber, Armin: Der Einzeltäter im Terrorismus. Definition, Fehldeutungen, Typologie, Zusammenhang. 28.1.2020. Online: <https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/304169/der-einzeltaeter-im-terrorismus> (3.12.2021).

Welt: Verfassungsschutz Sachsen: Corona-Kritiker haben „eindeutig rote Linien“ überschritten. 30.11.2021. Online: <https://www.welt.de/politik/deutschland/article235365480/Sachsen-Corona-Kritiker-haben-eindeutig-rote-Linien-ueberschritten.html> (1.12.2021).

Winkler, P.: Trumps Spiel mit der Hundepfeife. In: Neue Zürcher Zeitung, 5.7.2016. Online: <https://www.nzz.ch/international/presidentenwahlen-usa-us-praesidentenwahlen-trumps-spiel-mit-der-hundepfeife-ld.103861> (1.12.2021).

<sup>31</sup> Vgl. LFVBaden-Württemberg 2021.

<sup>32</sup> Vgl. ebd.